

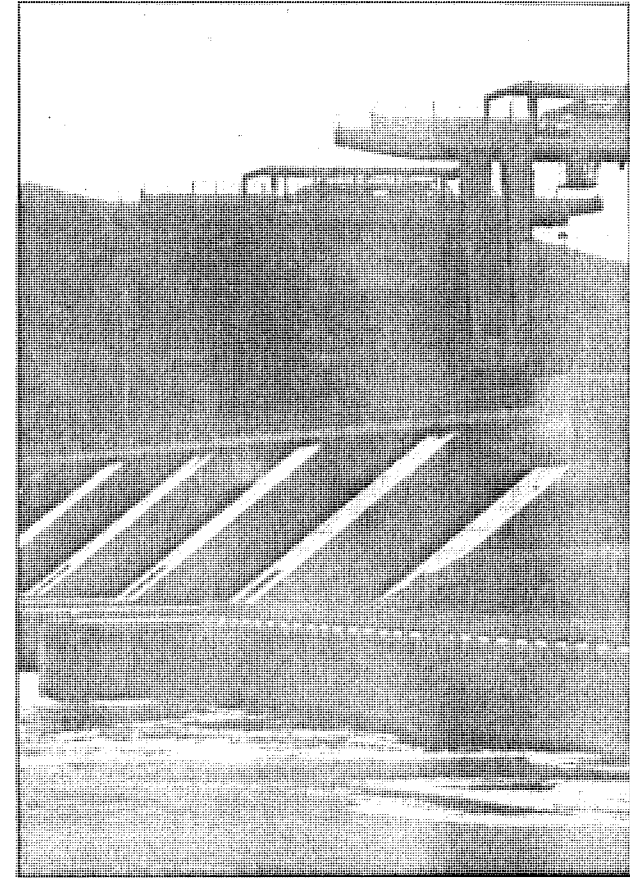
Einladung zur
PRESSEKONFERENZ
Cafe Landtmann, Löwelzimmer

Freitag, 16. November

Beginn: 9,30 Uhr

**Für die
Initiative »Linke und
Gewerkschafter gegen Hainburg«:**

Dr. Hermann Dworzak



**INITIATIVE
»LINKE UND GEWERKSCHAFTER
GEGEN HAINBURG«**

Impressum: Herausgeber und Medieninhaber: Initiative »Linke und Gewerkschafter gegen Hainburg«. Druck: Brücke-Druckerei, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23

Warum diese Initiative?

Die E-Wirtschaft trommelt mit einer umfangreichen Werbe-Kampagne für Hainburg. Regierung und ÖGB-Führung machen ihr dabei die Mauer. Die Bildungskonferenz des ÖGB und der Arbeiterkammer zum Thema »Umweltschutz und Wirtschaft« wurde zu einer Art Pro-Hainburg-Festival umfunktioniert.

Umgekehrt werden die Kritiker des Kraftwerks-Projekts durch die »Kronen-Zeitung« nahezu erdrückt, die aus Absatzerwägungen auf »grün« abfährt: Nun wissen wir endlich, daß auch Heinzl Conrads sein Herz für die Au entdeckt hat...

Angesichts solcher obskurer Fronten neigen viele Linke und fortschrittliche Gewerkschafter zur Passivität. Man ist natürlich gegen den ökologisch wie wirtschaftlich bedenklichen Kraftwerksbau, sieht jedoch wegen der schrillen Begleitmusik keine konkrete Aktionsmöglichkeit.

Vor diesem Hintergrund haben sich im Sommer 1984 Angehörige verschiedener linker Organisationen und Gewerkschafter zusammenschlossen, um gemeinsam von einem fortschrittlichen gesellschaftlichen Standpunkt aus gegen Hainburg zu wirken. Die vorliegende kleine Broschüre soll zu weiteren Debatten anregen und insbesondere zeigen, daß auch im ÖGB die Zubetonierer nicht unter sich sind.

Brauchen wir den Strom aus Hainburg?

Selbst aus den Angaben der Energieverwertungsagentur geht hervor, daß das Kraftwerk Hainburg nicht notwendig ist, um den gegenwärtigen Strombedarf abzudecken. Vielmehr soll es dazu dienen, eine zukünftige Steigerung des Stromverbrauchs zu ermöglichen. Die Elektrizitäts-Wirtschaft geht dabei von einer mittleren Zuwachsrate von 3,4 Prozent pro Jahr aus. In diese Prognose geht unter anderem die Annahme ein, daß weitere Energie- und Stromeinsparungen nicht mehr möglich sind, daß sich der Anteil des Stromverbrauchs am Gesamtenergieverbrauch erhöhen wird, und daß bei einer - eventuellen - Überwindung der Wirtschaftskrise der Energieverbrauch proportional zum Bruttoinlandsprodukt wachsen wird.

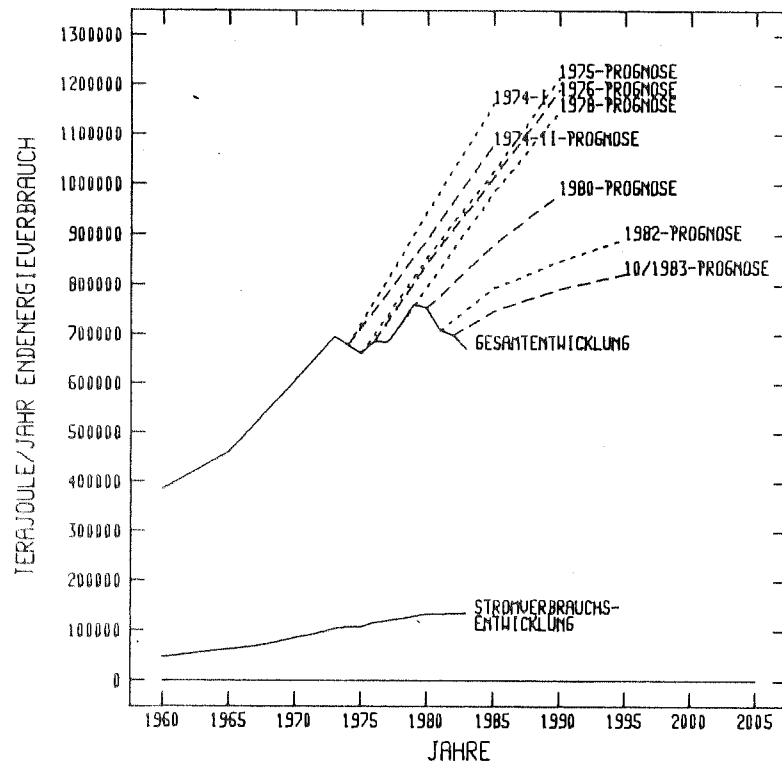
Demgegenüber sind wir der Meinung, daß die E-Wirtschaft die Bedarfsprognosen bereits an ihrem Interesse an einem möglichst großen Ausbau des Stromverbrauchs ausrichtet.

Zunächst steht die Argumentation, weiteres Wirtschaftswachstum bedinge ein proportionales Wachstum an Energie- und Stromverbrauch, auf wackeligen Beinen. Die Strom-Bedarfsprognosen der E-Wirtschaft mußten seit 1975 (damals galt: 6 Prozent Zuwachs pro Jahr) ständig reduziert werden. Die Zuwachsraten betragen von 1980 bis 1983 3,5, 0,1, 0,6 und 1,5 Prozent. Der Gesamtenergieverbrauch Österreichs ist in den letzten Jahren sogar gesunken - und dies nicht in erster Linie aufgrund der Wirtschaftskrise, sondern schlicht aufgrund technischer Verbesserungen stromverbrauchender Geräte und des zunehmenden Einsatzes der Mikroelektronik. Die österreichische Wirtschaft verbrauchte 1982 genausoviel Energie wie 1970, trotz eines kräftigen Wachstums und einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 30 Prozent.

Weiters - und das ist der energiepolitische Aspekt - versucht die E-Wirtschaft, den Anteil des Stromverbrauchs am Gesamtenergieverbrauch in die Höhe zu treiben. So wirbt etwa die NEWAG offen für Elektroheizungen und - als »alternativer« Anstrich - für Elektrowärmepumpen! Da elektrische Energie eine besonders hohe Güte besitzt, sind solche Unterfangen eine Vergeudung, bei der bis zu 70 Prozent der Primärenergie verlorengeht.

Doch den Energieversorgungsunternehmen geht es nicht um den Standpunkt volkswirtschaftlicher Rentabilität, sondern um ihre Verkaufszahlen. Detail am Rande: Jedes Sommerhalbjahr wird etwa ein Viertel des erzeugten elektrischen Stromes exportiert.

Fazit: Wir brauchen den Strom aus Hainburg nur, um die Profite der E-Wirtschaft zu sichern.



Die Energieprognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts und die tatsächliche Entwicklung des Energieverbrauchs — Wunschträume als „Sachzwang“ für die Energiepolitik?

(zusammengestellt nach den Energieverbrauchsprognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts und nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamts)

Trocknet die Au aus?

Ein häufiges Argument unserer lieben Zubetonierer für das Kraftwerk Hainburg ist die angebliche »Austrocknung der Au«. Laut Kraftwerkslobby soll die »progressiv fortschreitende Donaueintiefung« und die damit verbundene Absenkung des Grundwasserspiegels nur durch eine Staustufe verhinderbar sein. Tatsache ist jedoch, daß sich die Hainburger Au auf längere Zeit gesehen in einem gesunden Zustand befindet. Hier ein Schulbeispiel für Manipulation: Es werden ausschließlich Spiegelabsenkungen bei Niedrigwasser (die von 1893 bis 1982 etwa einen Meter beträgt) in Betracht gezogen.

- 1893 gab es wegen der Einengung des Donaubettes höhere Spiegel-lagen als vor der Regulierung.

- Die Spiegellagen bei Niedrigwasser sind für den Zustand der Au von nur geringer Relevanz.

Entscheidend sind die Mittel- und Hochwasserstände - wegen der Zuführung der Nährstoffe im Gefolge der Überflutung - und sie liegen im Bereich Hainbrug höher als vor der Regulierung.

Sollten in der Zukunft tatsächlich längerfristige Maßnahmen zum Schutz der Au notwendig sein, könnten ökologisch sinnvolle Schritte unternommen werden: etwa Stabilisierung der Flußsohle durch Schotter, da durch die Errichtung der Staustufen, das natürliche »Geschiebe« ausbleibt. Mit einer Orwellschen »Rettung der Au« via deren Liquidierung hat das jedoch nicht das geringste zu tun.

»Hainburg sichert Arbeitsplätze« - oder was?

Wie nicht anders zu erwarten, muß auch das - schon bei Zwentendorf massiv strapazierte - Argument der »Arbeitsplatzsicherung« erhalten, um den Bau von Hainburg zu rechtfertigen. Laut DoKW und leider auch der Führung des ÖGB »garantiert« Hainburg 2000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und 6000 bis 7000 Arbeitsplätze in der Stahlbau-, Großmaschinen- und sonstigen Zulieferindustrie. Diese Zahlen entspringen eher dem Traumbüchl als einer ernsthaften Interpretation der Fakten.

• Die Schätzung der Arbeitsplätze in den Zulieferindustrien beruht lediglich auf einer rein rechnerischen Umlegung der investierten Summe des Bruttoinlandsprodukts auf die Zahl der Erwerbstätigen.

• Der Kraftwerksbau sichert keine Dauerarbeitsplätze. Auch mit dem Bau Hainburgs wäre die Krise der zu einer ARGE zusammengesetzten Baufirmen Rella, Mayreder, Universale, Porr usw. nur hinausgeschoben: es gibt für die für Greifenstein angeschaffte Großtechnologie nur mehr beschränkte Einsatzmöglichkeiten.

Unmittelbar bieten sich zwei Alternativen an. Arbeitsplatzschaffende Maßnahmen wie forcierter Umweltschutz, »Stadtreparatur« oder Entwicklung »sanfter Energieformen« (Wärmedämmung von Gebäuden, Abwärmenutzung, energetische Nahversorgung...). Jede für diese Zwecke ausgegebene Milliarde bringt gut 50 Prozent mehr Arbeitsplätze

Zweitens ist es auch in Österreich höchste Zeit die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen. Bestehende Arbeitsplätze könnten dadurch gesichert und der Arbeitslosensockel durch die Wiedereingliederung der Beschäftigungslosen in die Produktion beseitigt werden.

Gibt es energiepolitische Alternativen?

75 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs werden benötigt, um Niedertemperaturwärme (unter 100 Grad Celsius) zu erzeugen. Bis zu drei Viertel der Primärenergie wird dabei buchstäblich in den Rauchfang geblasen und wärmt die Flüsse auf.

Allein diese Zahlen zeigen, welch gigantische Vergeudung von Primärenergieträgern die kapitalistische Wirtschaft betreibt. Maßnahmen zur besseren Energienutzung könnten den Primärenergieverbrauch drastisch senken (trotz Wirtschaftswachstums) und zusätzliche Kraftwerksprojekte wie Hainburg (und Zwentendorf) überflüssig machen.

Als Alternativen im Bereich der Energieversorgung von Haushalten kommen vor allem die bessere Ausnützung der Abwärme bei vorhandenen kalorischen Kraftwerken und der Einsatz von Blockheizkraftwerken mit lokaler Wärmeversorgung in Frage. Damit können Wirkungsgrade bis zu 85 Prozent erreicht werden. Bessere Wärmedämmungen, die Nutzung alternativer Energieformen und die Zurückdrängung des Individualverkehrs zugunsten des energiesparenden öffentlichen Transports runden das Bild einer fortschrittlichen Energiepolitik ab. Mittelfristig wäre es möglich, den Primärenergieeinsatz so stark zu senken, daß die Nutzung der unerschöpflichen Energieträger ausreichen würde - ohne Verlust an Lebensqualität.

Dadurch werden auch die Argumente der E-Wirtschaft, die die »Abhängigkeit« Österreichs von Energieimporten ins Spiel bringen, entkräftet.



Was also einer alternativen Energiepolitik im Weg steht, sind nicht die Naturgesetze, auch nicht ökonomische Sachzwänge, in denen »wir« uns angeblich befinden, sondern in erster Linie die handfesten Profitinteressen der Elektrizitätswirtschaft.

Daher stellt sich die Aufgabe für die Arbeiterbewegung, einen alternativen Energieplan von der Gewerkschaftsbasis her mit Unterstützung fortschrittlicher Wissenschaftler auszuarbeiten.

Nützliche Literatur:

Das Projekt Donaukraftwerk Hainburg. Information der Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg (Wien, 1984)

A. B. Lovins, Sanfte Energie. Das Programm für die energie- und industriepolitische Umrüstung unserer Gesellschaft (Reinbek/Hamburg, Rowohlt 1978)

B. Ruske, D. Teufel, * Das sanfte Energie-Handbuch. (Reinbek/Hamburg, Rowohlt 1980)

F. Krause, H. Bossel und K. Müller-Reißmann, Energiewende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran (BRD 1980)

Hainburg hat auch eine politische Dimension

Hainburg ist in erster Linie eine konkrete Sachfrage: es geht darum, ob ein ökologisch und energiepolitisch bedenkliches Kraftwerk gebaut werden soll oder nicht. Jenseits dieser Sachebene gibt es jedoch noch eine zweite, allgemein politische Dimension: dadurch daß sich die Führung der SPÖ und des ÖGB zum Vorreiter des bedenklichen Projekts macht, kommt die gesamte Arbeiterbewegung in den Geruch »nichts mehr als den Betonierer-Ungeist zu repräsentieren«. Immer mehr, insbesondere kritische Menschen glauben über der Arbeiterbewegung insgesamt das Kreuz schlagen zu können, nur weil die Sinowatz' und Benyas für die E-Wirtschaft die Kastanien aus dem Feuer holen.

Dieser Umstand wird von konservativen Demagogen geschickt ausgenutzt: ebenso wie sie sich angesichts der Belastungspolitik der SPÖ-Führung für die arbeitenden Menschen plötzlich »sozial« geben (man denke nur an ihre Krokodilstränen im Zuge des »Maßnahmenpakets«), ebenso streifen sie sich nun den »grünen« Tarnanzug über.

Wenn wir als linke und aktive Gewerkschafter gegen Hainburg auftreten, kommt dem eine doppelte Fuktion zu:

1. Hainburg kann letztlich nur dadurch verhindert werden, daß in der Arbeiterschaft, insbesondere in den Gewerkschaften, offen eine Opposition zum gegenwärtigen »Strom - um jeden Preis«-Kurs auftritt.

2. Eine fundierte Kritik an der Pro-E-Wirtschafts-Linie von Sinowatz & Co. aus den Reihen der Arbeiterbewegung verhindert gleichzeitig, daß sich Mock und Busek als - schwarze - »Alternative« mit grünem Mascherl aufspielen können. Denn die »natürliche Folge« des Baus von Hainburg - nicht zu reden von der nach wie vor drohenden Inbetriebnahme Zwentendorfs - wäre Mock als Bundeskanzler, was wir mit allen Mitteln zu verhindern suchen.

Wie gegen Hainburg mobilisieren?

Gut und schön werden sich etliche sagen. Aber gibt es überhaupt eine reelle Chance für linke, rot-grüne Argumente? Sitzen die »Sozialpartner« nicht an allen Schalthebeln und wird nicht andererseits durch das Medien-Monster »Krone« die Anti-Hainburg-Bewegung total vereinnahmt?

Ohne die Schwierigkeiten im mindesten bagatellisieren zu wollen, glauben wir doch, daß es keinen Grund gibt von vornherein aufzustecken:

— Die Chancen Hainburg zu verhindern, sind günstiger als es die Startbedingungen der Anti-Zwentendorf-Bewegung waren. Das Zwentendorf-Debakel hat gezeigt, daß die E-Lobby besiegt werden kann. Auch die Schmähs von wegen »Es gehen die Lichter aus...« und das Drohen mit dem Verlust der Arbeitsplätze ziehen heute lang nicht mehr so wie anno 1978. Selbst innerhalb des »schlafenden Riesen« ÖGB ist die Sensibilisierung für Umweltfragen beträchtlich gestiegen.

— Nicht wenige lehnen Hainburg ab, sind aber darüber verunsichert, daß in der Anti-Hainburg-Front bislang fast nur die Dichands und Lorenz' den Ton angeben. Eine linke, gewerkschaftliche Initiative könnte ein wichtiges ideologisches Terrain besetzen.

— Bereits unsere erste - kleine - Pressekonferenz sorgte in der ÖGB-Zentrale für Aufregung. Dabei stehen wir mit unserer Tätigkeit erst am Anfang, haben noch kaum mit ihr begonnen.

Was kann man nun als Linker, als Gewerkschafter gegen Hainburg unternehmen - unabhängig davon, ob man nun beim Volksbegehren sein Kreuzerl macht oder nicht? Wir schlagen als erstes folgende Punkte vor:

— Sich individuell oder kollektiv in die Diskussion um Hainburg einschalten: am Arbeitsplatz, im Wohnviertel. Gegen Vergatterungsbeschlüsse im Betrieb oder der gewerkschaftlichen Ortsgruppe auftreten. Leserbriefe schreiben.

— Fordern, daß es im ÖGB eine offene und unbehinderte Debatte über Für und Wider Hainburg gibt - insbesondere in der »Solidarität«.

— Organisierung von Diskussionen im Betrieb, in den Ortsgruppen, Parteisektionen, Wohnvierteln etc. und Einladung von linken Hainburg-Gegnern. Wir stehen voll zur Verfügung.

— Wer kontinuierlich bei unserer Initiative mitarbeiten will, setzt sich ganz einfach mit uns telephonisch oder brieflich in Verbindung - Diskretion ist selbstredend.

Plattform

Ökologische Fragen bekommen einen immer größeren Stellenwert. Zu lange wurde - im Sinne einer unreflektierten Wachstumsideologie - schlicht Raubbau an der Natur betrieben.

Gerade die Arbeiterbewegung müßte auf Grund ihrer lebensbejahenden Tradition für eine intakte und schöne Umwelt eintreten. Bedauerlicherweise findet man jedoch häufig die Repräsentanten der Arbeiterbewegung Hand in Hand mit den Betonierern schlimmsten Ausmaßes.

Hainburg ist dafür nur ein Beispiel von vielen: ohne Hainburg geht nicht »der Strom aus«. Für den Raum Wien/Hainburg hingegen wäre der geplante Kraftwerksbau eine ökologische Katastrophe. Wir, Mitglieder verschiedener linker und fortschrittlicher Organisationen bzw. Gewerkschafter, sind daher gegen den Bau Hainburgs. Vielmehr sollte das bestehende Energiepotential sinnvoll genutzt werden (Nutzung der Industrie abwärme, wärmedämmende Investitionen...). Gleichzeitig teilen wir die Sorgen der arbeitenden Menschen um ihre Arbeitsplätze. Wir betonen daher, daß durch die planlose Energiepolitik der E-Wirtschaft keine Arbeitsplätze verloren gehen dürfen: anstatt Hainburg sind Alternativprojekte vorzuziehen.

Es gilt zu verhindern, daß Umweltpolitik für Medien wie die »Krone« zu einem Vehikel der Absatzsteigerung mißbraucht wird. Ebenso ist den Manövern konservativer Politiker entgegenzutreten, die sich plötzlich »grün« geben.

Konkret kann das für die Arbeiterbewegung nur heißen, den Dialog mit der Ökologiebewegung aufzunehmen und nicht durch mehr als fragwürdige Methoden legitime ökologische Positionen zu verteufeln.

Unsere Initiative umfaßt sowohl Personen, die das Volksbegehren unterstützen, als auch jene, die ihm skeptisch gegenüberstehen. Vorrangig ist für uns nicht das Wie der Ablehnung Hainburgs, sondern die inhaltliche Orientierung gegen die Profitinteressen der E-Wirtschaft.

Initiative »Linke und Gewerkschafter gegen Hainburg«

Kontaktadresse:

Kleiner Buchladen/Felix Stelzer
Kolingasse 6
1090 Wien
Tel. 0222/34 33 84